

Darraz, Enrique Fernández; Lenhardt, Gero; Reisz, Robert D.; Stock, Manfred (Hrsg.): *Hochschulprivatisierung und akademische Freiheit. Jenseits von Markt und Staat: Hochschulen in der Weltgesellschaft*. Bielefeld: Transcript – Verlag für Kommunikation, Kultur und soziale Praxis 2010. ISBN: 978-3-8376-1612-5; 197 S.

**Rezensiert von:** Claudia Baumann, Global and European Studies Institute, Universität Leipzig

Unter der Regie von vier Wissenschaftlern aus der Hochschulforschung ist eine vergleichende Studie entstanden, in der das Hochschulwesen in Deutschland, USA, Rumänien und Chile untersucht wird. Ausgangspunkt ist dabei die These, dass die Auseinandersetzungen um hochschulpolitische Reformen in „vielen Ländern von einem neoliberalen Markt radikalismus“ beherrscht werden, der suggeriere privatwirtschaftlich organisierte Hochschulen arbeiten flexibler und effizienter. Dieses vermeintliche Erfolgsmodell setzt sich zunehmend durch und verdrängt den Staat aus dem Hochschulwesen.

In Kapitel zwei werden die Hochschulsysteme in vier verschiedenen Kategorien verglichen. So folgt nach einer knappen Historisierung im Kontext des 20. Jahrhunderts im ersten Abschnitt eine Quantifizierung privater und öffentlicher Hochschulen sowie der dort eingeschriebenen Studenten im Verlauf der letzten zwanzig Jahre. Es zeigt sich, dass in Deutschland um die 100 private Hochschulen gegründet worden sind, sich der Anteil der dort eingeschriebenen Studenten jedoch mit 3,6% im Vergleich zu den öffentlichen auf einem äußerst geringen Niveau bewegt. Waren 1949 noch 50% der Studenten in den USA an privaten Hochschulen eingeschrieben, so halbierte sich dieser Anteil auf knapp 25% im Jahr 2005. Der privatwirtschaftliche Hochschulsektor in Rumänien war in den Jahren 1990-1993 von einer Gründungswelle geprägt, die mit der Verabschiedung des Akkreditierungsgesetzes endete. Heute stehen 60 private Hochschulen 55 öffentlichen gegenüber. Der Anteil an privaten Hochschulen eingeschriebener Studenten sank von 31% im Jahr 1998 auf 24% im Jahr 2005. In Chile entstanden von 1981 bis 2006 51 private Hoch-

schulen, von denen bis 2007 36 überlebten und 25 öffentlichen Hochschulen gegenüber stehen. Private Universitäten verzeichnen in Chile ein weitaus größeres Wachstum als in den anderen drei Ländern. 2005 waren 45% der Studenten an privaten Hochschulen eingeschrieben.

Besonderer Erwähnung bedarf die Rolle der Kirche im Hochschulwesen, die von den Autoren nicht nur in diesem Kapitel Berücksichtigung findet. Die Kontextualisierung und Quantifizierung von Hochschulen in kirchlicher Trägerschaft trägt wesentlich zum Erkenntnisgewinn dieser Studie bei. In Deutschland und in den USA ist die Hälfte aller privaten Hochschulen in kirchlicher Trägerschaft, wobei diese sich in den USA auf bis zu 65 unterschiedlich religiöse Gemeinschaften verteilen. In Rumänien wurden die wenigen kirchlichen Hochschulen nach der Unabhängigkeit im Jahr 1859 staatlicher Kontrolle unterstellt. Heute werden 20% der privaten Hochschulen als „Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften“ klassifiziert.

Die drei anderen Analyseebenen sind i) staatliche Anerkennung, Akkreditierung und institutionelle Struktur ii) Hochschulträgerschaft und Elitenbildung sowie iii) Überlebensfähigkeit. Insgesamt lässt sich von einer Gleichheit der Lehre in privaten wie in öffentlichen Hochschulen sprechen, die sich aus für alle in gleichem Maße geltenden Zulassungs- und Akkreditierungsverfahren ergibt. Um die Elitenbildung zu messen, werden die Hochschulen in Deutschland, Rumänien und Chile nach ihrer Forschungstätigkeit eingestuft, woraus sich ein Zusammenhang zwischen Rang und Trägerschaft erkennen lässt. Im Ergebnis weisen somit private Hochschulen mit Ausnahme der USA ein geringeres Leistungsvermögen auf und bedienen vor allem die Nachfrage nach Arbeitskräften der „unteren Berufskategorien“.

Im letzten Abschnitt des Kapitels wird die Überlebensfähigkeit von Hochschulen ermittelt und untersucht, mit welchen Organisationsmerkmalen sie zusammenhängt. Die Ergebnisse widersprechen dem prävalenten Diskurs und belegen, dass die Überlebenswahrscheinlichkeit privater Einrichtungen weitaus geringer ist als die der öffentlichen. Als ausschlaggebende Faktoren werden

---

das Gründungsdatum, die Größe des Lehrkörpers oder aber die Anzahl der Lehrenden mit Postgraduiertenabschluss genannt, wohingegen die Größe der Studentenschaft, religiöse Orientierung und Anzahl der Absolventen von geringer Bedeutung sind. Die durchaus interessanten Erkenntnisse relativieren sich jedoch angesichts der Vernachlässigung finanzieller Ressourcen. Somit wird der Vermutung nicht widersprochen, dass kirchliche Einrichtungen vermutlich eine höhere Überlebenswahrscheinlichkeit haben als privatwirtschaftliche Hochschulen, weil sie zu großen Teilen staats- bzw. landesseitig finanziert werden. Auch lässt sich nur schwerlich anhand der Überlebensanalysen nachvollziehen, warum private Hochschulen weniger flexibel und realitätstüchtig sein sollen.

Mit diesem Kapitel erschöpft sich die Untersuchung des Hochschulwesens in Rumänien und Chile, denn in den beiden Folgekapiteln steht die Entwicklung in Deutschland und in den USA im Vordergrund. In Deutschland wird der Rückzug des Staates anhand des Bologna-Prozesses, neuer Formen von Hochschulleitungen und der Exzellenzinitiative näher untersucht. Der Bologna-Prozess an sich wird als frei von markt- und betriebswirtschaftlichen Überzeugungen und als „Teil einer weltbürgerlichen Bewegung“ gesehen. Kritischer wird die Umsetzung in nationales Recht reflektiert, wobei die deutsche Hochschulpolitik, geleitet von Vorstellungen eines sachlichen Qualitätsbedarfs, von der ursprünglichen Intention des Bologna-Beschlusses – eines individuellen und freien Weltbürgers – abweicht und diesen für wirtschaftliche Notwendigkeiten instrumentalisieren.

In der Hochschulleitung sei zu beobachten, dass Staat und Ordinarien als klassische Träger der Hochschulleitung Kompetenzen zugunsten von neuen Gremien wie Hochschulrat, Aufsichtsrat, Stiftungsrat, Kuratorium oder Universitätsrat verlieren. Weiter grundlegende Veränderungen stellt die Überführung in eine rechtsfähige Körperschaft der Universität dar, sowie die Umstellung von Kameralistik auf Doppik, mithin eine erhöhte Transparenz sowie indikatorgestützte Mittelverteilung und Zielvereinbarungen zwischen Hochschulen und Staat. Diese Veränderun-

gen werden auf der einen Seite als betriebs- und marktwirtschaftliche Hebel verstanden, mit denen der Staat „Lehre und Forschung im alten obrigkeitsstaatlichen Geist“ instrumentalisiert. Auf der anderen Seite könnten sie auch lediglich genutzt worden sein, um die Verwaltung zu reduzieren, was angesichts der Unterfinanzierung der Hochschulen alternativlos scheint.

Die Exzellenzinitiative stellt einen bedeutenden Eingriff des Staates in das Hochschulwesen dar und steht somit der Entwicklung des staatlichen Rückzugs diametral entgegen. Kritisiert wird hier, dass die erhoffte Sogwirkung zur Attrahierung ausländischer Studenten kontraproduktiv ist, denn wer nicht an den „Leuchttürmen“ angenommen wird, bewirbt sich lieber in einem anderen Land, als an einer zweitklassigen deutschen Universität. Damit könnte sich insgesamt die Zahl ausländischer Studenten erheblich reduzieren. Fraglich ist zudem auch, ob die Auszeichnung Exzellenzuniversität gerechtfertigt ist, wenn eigentlich nur einzelne organisatorische Einheiten gemeint sind.

Im letzten Kapitel wird die traditionell weitaus weniger wichtige Rolle des Staates im Hochschulwesen in den USA untersucht. Die Hochschulleitung ist im Vergleich zu Deutschland mit keinen großen Veränderungen konfrontiert und besteht weiterhin in Form eines Board of Trustees. Wesentlich bedeutender ist die finanzielle Unterstützung des Staates für Studenten, was anhand der überinflationär gestiegenen Studiengebühren in den letzten 20 Jahren nicht verwunderlich ist. Es wird argumentiert, dass die Kombination von individuellen Gebührennachlässen seitens der Uni und staatlicher Förderung nicht unbedingt den Marktmechanismen folgt, bei denen unpersönlich gleiche Preise gegenüber allen Nachfragern wirken. Neoliberale Tendenzen zur Maximierung von Einnahmen werden eher in der Ausgründung von bspw. Cafeterien oder *Campus Bookstores* oder in der Vermarktung von Sportmannschaften gesehen. Der Begriff der Hochschulprivatisierung bezieht sich auch auf die Forschungsfinanzierung. Die wissenschaftliche Forschung muss dabei nicht zwangsläufig dem Forschungsbedarf der Wirtschaft folgen, sondern wirkt eher an dessen Definition mit.

Würden sich Universitäten in eine zu große Abhängigkeit geben, stünde ihr eine kritische Öffentlichkeit gegenüber, die es nicht zu unterschätzen gelte. Zudem sei die Summe aus privaten Forschungsmitteln und Einnahmen aus Patenten für eine solche Form der Abhängigkeit wohl zu gering.

Trennschärfe in der Unterscheidung zwischen ökonomischen Schulen scheint nicht immer ganz einfach. So gelingt denn auch die versuchte Abgrenzung zwischen „älterem neoliberalen Denken“ und „jüngerem Marktradikalismus“ in dem sonst mit messbaren und bisweilen durchaus erkenntnisfördernden Ergebnissen gespickten Band nicht wirklich. Die Konstruktion eines einzigen kapitalistischen Schreckgespenstes am Hochschulbildungsmarkt mag zwar für die Zwecke einer narrativen Umrahmung von empirischen Daten hilfreich sein, birgt jedoch das Risiko der unterkomplexen Analyse akteur-spezifischer Handlungen. Dass diese durchaus Gewicht haben, zeigt sich nicht zuletzt daran, wie die Autoren auch selbst feststellen, dass Vertreter der Wirtschaft auch Absolventen von Universitäten sind.

Am Ende kann sich der Leser mit Zweierlei beruhigen: Private Hochschulen fügen der Hochschulbildung nichts Wesentliches hinzu, schaden ihr aber auch nicht – und in Deutschland kommt die Hochschulentwicklung auch dadurch voran, dass die Hochschulpolitik scheitert.

Claudia Baumann über Darraz, Enrique Fernández; Lenhardt, Gero; Reisz, Robert D.; Stock, Manfred (Hrsg.): *Hochschulprivatisierung und akademische Freiheit. Jenseits von Markt und Staat: Hochschulen in der Weltgesellschaft*. Bielefeld 2010, in: H-Soz-Kult 02.12.2011.